

... mit dem LINKEN Auge siehst Du schärfer! Nr. 12 Dezember 2012

DIE LINKE. St. Pauli



Seite 2 SPX 12

... und raus bist du

Wir erleben es in der Nachbarschaft, im Freundes- und Bekanntenkreis und die Studie zur Sozialen Erhaltungsverordnung hat dieses Erleben bestätigt: den massenhaften Verdrängungsprozess aus St. Pauli. Wer eine Wohnung verlassen muss, findet hier kaum noch eine bezahlbare neue. Nun hat es auch mich und meine Familie getroffen: Anderthalb Jahre haben wir erfolglos gesucht. nicht mal ein einziges Angebot zur Besichtigung gefunden; jetzt haben wir aufgegeben und mit Wehmut das Viertel verlassen, das offensichtlich keine bezahlbaren familientauglichen Wohnungen zu bieten hat. Der Mangel sowohl an kleinen Wohnungen (z.B. für Menschen in der Nach-Familien-Phase) als (kindgerechten) größeren Wohnungen ist frappierend.

Da hilft auch die SPD-Strategie "Hauptsache neue Wohnungen" nicht weiter. Es fehlen günstige Wohnungen, aber es entstehen super-teure Wohnungen wie etwa im Bernhard-Nocht-Quartier, wo Wohnungen für 16,70 €/qm mit Neben-, aber ohne Heizkosten angeboten werden; das macht für eine 4-Zimmer-Wohnung 2.188 €! Und die Spirale wird sich weiter drehen: sauberer, schicker, teurer.

Wie und wo wir LINKE dagegenzuhalten versuchen, darüber findet Ihr einiges in dieser Ausgabe. Eine interessante Lektüre der Sankt Pau-LinX wünscht Euch im Namen der ganzen Stadtteilgruppe

Markus Schneider-Johnen



Rassismus auf dem Kiez: Die Große Freiheit endet an der Discotür

Der gemeinnützige Träger sozialer Dienstleistungen basis & woge e.V. hat Ergebnisse von Situationstests zu rassistischer Diskriminierung beim Einlass in Clubs rund um die Reeperbahn veröffentlicht. "Wir wissen aus unserer Beratung, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund die Erfahrung machen, nicht in Freizeiteinrichtungen eingelassen zu werden. Zwei konkrete Fälle haben uns veranlasst, die Einlasspraxis von Clubs und Discotheken vor Ort zu überprüfen", so Birte Weiß von basis & woge e.V.

Teilweise aufgrund einschlägiger Vorerfahrungen, teilweise zufällig wurden acht bekannte Clubs auf der Großen Freiheit und am Hans-Albers-Platz von fünf Männern afrikanischer und arabischer Herkunft getestet. Was passiert, ist von erdrückender Eindeutigkeit und widerlegt die anderslautenden Beteuerungen von Clubbesitzern, dass in ihren Clubs nicht nach Hautfarbe und Herkunft unterschieden wird: Weder die drei schwarzen noch die zwei Männer mit arabischem Hintergrund finden Einlass, die dahinter stehenden weißen Deutschen dagegen werden ohne Kommentar durchgelassen. Rassistische Abweisungen müssen die Probanden bei acht Clubs über sich ergehen lassen, deren Namen nicht veröffentlicht worden sind, weil weitere Schritte im Kampf gegen die Diskriminierung anstehen. In der Presse bestätigte lediglich der Betreiber des "Cult" auf der Großen Freiheit, dass es Anweisungen an die Türsteher gebe, keine "Südländer" reinzulassen.

"Mit den Ergebnissen zeigen wir, dass die bisherigen Maßnahmen von Seiten der Clubs und des Gaststättenverbands Dehoga Hamburg nicht ausreichen, um die rassistische Einlasspraxis an Hamburger Discotüren wirksam abzubauen", kommentiert Birte Weiß. Gefragt sind jetzt konkrete Schritte von Clubbesitzern, Politik und Verwaltung. Clubgäste brauchen Transparenz über die Einlasskriterien, die von den Türstehern umgesetzt werden. Die Türsteher müssen geschult werden, um rassistischen Stereotypen entgegenzuwirken, eine verbindliche Hausordnung muss Diskriminierungsfreiheit gewährleisten und Beschwerdemöglichkeiten müssen eröffnet werden.



Kein Zutritt für "Südländer" im "Cult"

Die integrationspolitische Sprecherin der Linken Bürgerschaftsfraktion Cansu Özdemir: "Die Ergebnisse dieser Situationstests von basis & woge zeigen nur die Spitze eines Eisbergs. Die Stadt fördert die einzige Stelle für Antidiskriminierungsberatung, die überhaupt öffentliche Mittel erhält, mit nur 20.000 Euro im Jahr. Das ist nicht einmal eine halbe Stelle und völlig unzureichend, um für die Opfer rassistischer Diskriminierung die nötige Unterstützung zu gewährleisten. Der Senat ist gefordert, eine offensive Antidiskriminierungsstrategie zu entwickeln." (msj)

Seite 4 SPX 12

Offener Brief an Bürgermeister Olaf Scholz & Holger Jung (Werbekonzern "Jung von Matt")

Gründerzeit-Schule im Karoviertel steht leer wir brauchen ein Stadtteilhaus und kein Honorarkonsulat von Monaco!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Honorarkonsul,

im Karoviertel steht seit Kurzem eine wunderschöne Villa aus der Gründerzeit leer: die Volksschule von 1889. Viele Menschen im Karoviertel befürchten jetzt, dass der Werbekonzern "Jung von Matt", der von Holger Jung und Jean-Remy von Matt 1991 gegründet wurde, die Gründerzeit-Schule mieten oder kaufen will, um dort Büroräume zu errichten. Die SchülerInnen-Beratungsstelle für Hamburg-Mitte, REBUS, musste bereits ausziehen. Die Villa ist verlassen und leer. Darüber spricht bereits das ganze Viertel.

Der Werbekonzern Jung von Matt macht einen **Jahresumsatz** von über 80 Millionen Euro. Seit April 2012 ist Holger Jung Honorarkonsul des Fürstentums Monaco für die Länder Hamburg, Bremen. Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Sein Amtssitz lieat nach Auskunft des Auswärtigen Amtes derzeit in der Glashüttenstr. 79. einem kantigen Kontorhaus im Karoviertel. Direkt um die Ecke, in der Flora-Neumann-Str. 3 steht bezaubernde die Gründerzeit-Schule in



Aktivist_innen aus dem Netzwerk "Recht auf Stadt" demonstrieren vor der leer stehenden Schule, die Holger Jung als Konsulat nutzen will.

klassizistischer Anmutung. Diese Villa wäre als repräsentativer Amtssitz des Honorarkonsuls von Monaco, insbesondere für den Empfang internationaler Staatsgäste, natürlich besser geeignet als das Kontorhaus, in dem die Angestellten und PraktikantInnen des Aktienkonzerns Tag und Nacht arbeiten dürfen. [...]

Städtische Grundstücke werden nach wie vor in der geheim tagenden Bodenkommission der Bürgerschaft verkauft, in der DIE LINKE leider nicht vertreten sein darf. Anfragen im Sanierungsbeirat des Karoviertels, in der Bezirksversammlung Mitte sowie auf der

Grundlage des Transparenzgesetzes wurden entweder ausweichend oder gar nicht beantwortet.

Die Menschen im Viertel wollen jetzt ein Haus für alle Menschen, ein Stadtteilhaus mit Sozial- und Familienberatung, mit einem Kunst- und Kulturcafé, einer Geschichtswerkstatt, einem Einwohnerverein und einem Stadtteilbeirat. Ein Stadtteilhaus für Initiativenund Vereine, die mit den Menschen im Viertel ein lebendiges Viertel gestalten wollen. Was die Menschen nicht wollen, ist ein Großparkplatz für Staatskarossen oder Geschäftskunden. Sie wollen einen bunten grünen Park zwischen dem neuen Kulturzentrum der Jüdischen Gemeinde in der Flora-Neumann-Str. und der Volksschule von 1889.

Die Menschen im Karoviertel brauchen definitiv kein Honorarkonsulat von Monaco. Sie sind auch nicht mehr bereit, dass eine Gründerzeit-Schule, die der Freien und Hansestadt Hamburg gehört und auf der Liste der erkannten Denkmäler steht, zu Büroräumen eines Werbekonzerns umgewandelt werden, während in Hamburg tausende Büroraume leer stehen.

In der Zwischenzeit rufen wir aber schon jetzt alle Menschen in Hamburg auf, sich zu versammeln, auf der Straße bei der Demonstration gegen den Mietenwahnsinn, vor dem Amtssitz des Honorarkonsuls des Fürstentums von Monaco in der Glashüttenstr. 79, oder vor der Schule in der Flora-Neumann-Str. 3 und natürlich auch in jeder Villa, die leer steht und uns alle einlädt.

Verena Brachvogel, Jan-Peter Klöckner Vorstand DIE LINKE. Hamburg-Mitte Bela Rogalla Landessprecher DIE LINKE. Hamburg

Nur DIE LINKE gegen neuen Bauklotz am Karolinenplatz

Dass die russisch-orthodoxe Gemeinde ein neues Gemeindezentrum benötigt, ist klar, denn das "Haus der Heimat" muss wegen Termitenbefalls abgerissen werden (wir be-

richteten mehrfach). Den konkreten Antrag für den Neubau aber hat DIE LINKE als einzige in der Bezirksversammlung vertretene Fraktion abgelehnt. "Der Neubau wird zu hoch, zu klobig und zu einfältig sein. Ein solcher Bau stößt im Viertel weithin auf Ablehnung und passt allenfalls auf die andere Straßenseite, die durch die Messebauten ohnehin verschanguliert ist", heißt es in der Begründung der Linken für ihr Nein zum Bauantrag der russisch-orthodoxen Gemeinde im Bauausschuss. (msj)



Das "Haus der Heimat" wird einem deutlich höheren Betonklotz weichen.

Seite 6

Standort Reeperbahn: BID soll eine "Sonderwirtschaftszone" schaffen

Der Städtetourismus boomt. Hamburg konnte seine Zahlen in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppeln. Fast jede r Besucher in kommt während des Hamburg-Aufenthalts mindestens einmal auf die Reeperbahn, nutzt deren Musical- und Theaterprogramme sowie die ansässige Gastronomie. Doch innerstädtische Konkurrenz durch die Hafencity lässt die gastronomischen Umsätze nicht mehr so leicht steigern. "Auf der Reeperbahn gibt es eine Menge Besucher, aber es fehlen Kunden. ...Ich glaube, dass man weiß, dass die Reeperbahn so eine Attraktivität hat, weil sie so aussieht, wie sie aussieht " und "Der Mix wird bleiben", so der ehemalige Bezirksamtsleiter Schreiber in der Mopo am 23.12.11.

Die bezirkliche Politik unterstützt die Renditeinteressen großer Unternehmen und genehmigte die Tanzenden Türme, den Mojo Club, die Spielbudenplatzumgestaltung, die noch nicht fertigen Littmann- und Aust-Immobilien, die wachsenden und wechselnden Musicals sowie das Reeperbahn-Festival. Neu gebaute Hotels und Bürogebäude der Superlative (je höher, desto besser die Aussicht auf die Elbe) sowie das Bavaria-Quartier stellen "neue Flagg-Schiffe" im Werben um kleinstädtische Sensationstourist innen dar. Spaziergänge im "Bäh-Bäh-Milieu" zwischen Prostitution und Zuhälter-Banden von Hells Angels bis zur Marek-Bande bieten weiteren Nervenkitzel für abendlichen Besucher innen. Zusätzlich wird sich des alten "St. Pauli-Flairs" von Kneipen wie dem "Silbersack" und Spelunken wie dem "Albers Eck" und dem "Goldenen Handschuh" bedient. Für die Familien sind das Panoptikum, das St. Pauli-Museum und der Beatles-Platz vorgesehen. Aber schon wird auf der West-Seite der Reeperbahn ebenfalls gegengehalten: Die Gebäude des Möbel Brandes-Geländes sind fast vollständig entmietet und vernachlässigt. Das ehemalige Erotik-Art-Museum wird zur "Superdisco Noho für das gehobene Niveau" (Mopo 24.11.12) umgebaut. Die Mietwohnungen im ehemaligen "Niebuhr-Hochhaus" in der Reeperbahn 157 werden einzeln zu Eigentumswohnungen umgewandelt. Die sprichwörtliche Toleranz der St.Pauli-Bewohner_innen wird dabei immer weiter strapaziert, um Geldquellen für boomende Unternehmen weiter zu erschließen.

SPX 12



Mit der Umwidmung der Reeperbahn und der umliegenden Straßenzüge zu einem sogenannten BID (Bussiness Improvement District) betreibt die Politik mit abso-Konsequenz das Geschäft der Gewerbetreibenden. Die bisherige IG St. Pauli - eine Interessengemeinschaft von Grundstückseigentümern. Gewerbetreibenden und Politikern - soll durch ein "Quartiersmanagement" für zunächst fünf Jahre deren Interessen professionalisieren. Die etwa 154 Grundeigentümer innen sollen Mittel zusammenlegen, um das St. Pauli-Marketing weiter voranzutreiben. Zunächst war nur von Gehwegreinigung und Neugestaltung der Bürgersteige die Rede. Tatsächlich soll ein Einbruch in den deutschen und europäischen Städte-Tourismus erzielt werden durch u.a. gezieltes Gebäudemanagement.

Bei drohendem Leerstand sollen die Flächen neu vermietet und in der Zwischenzeit durch "Pop-Up"-Unternehmen genutzt werden. Gezieltes Anbieten von Kulissen für TV- und Filmproduktionen sind kostenlose Werbeträger. Finanziert werden soll das "Quartiersmanagement" mit jährlich 120.000 Euro. Für die Gesamt-Entwicklung sind 1,9 Millionen Euro eingeplant. Die Grundstückseigentümer_innen sollen auf Basis des Einheitswertes der einzelnen im BID belegten Grundstücke zur Kasse gebeten werden, die Stadt übernimmt den Einzug der "Einlage".

Von einer demokratischen Entscheidung kann keine Rede sein. Geregelt ist in dem in 2004 verabschiedeten Hamburger "Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren", dass nur der Senat die Einrichtung eines BID beschließen kann. Nur wenn ein Drittel der Grundstückseigentümer innen dem schriftlich(!) widerspricht, ist der Antrag vom zuständigen Bezirksamt abzulehnen. Von der Bezirkspolitik wurden bislang öffentliche Veranstaltungen gescheut. In schlechter Erinnerung sind noch die Erfahrungen mit den Bewohner innen des Stadtteils, die die Umgestaltung der "Alten Rindermarkthalle" zu einem Mega-Konzertsaal verhindert haben

Zaghafte Versuche im Sanierungsbeirat Wohlwillstraße und bei einer Veranstaltung der "Böll-Stiftung" ließen aufhorchen. Die Bewohner innen der Reeperbahn und der anliegenden Straßen befürchten . dass neben den Gewerbe- auch die Wohnungsmieten ansteigen werden (u.U. wird versucht, die BID-Umlage auf die Mieter innen abzuwälzen). Kleinere Gewerbe können schon jetzt nach Ablauf ihrer Pachtverträge Mieterhöhungen nicht mehr zahlen und müssen schließen. "Unliebsame Benutzergruppen" wie Punks, Alkoholiker innen und Flaschen sammelnde Migrant innen müssen um ihren Verbleib fürchten.



Für was tritt DIE LINKE ein, der vorgeworfen wird, "Sozialromantiker" zu sein und die "Weiterentwicklung des Stadtteils" verhindern zu wollen? Dazu die Bürgerschaftsfraktion am 8.12.10: "... Bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung herrscht ein berechtigtes Misstrauen gegenüber den Instrumenten der unternehmerischen Stadtpolitik mit Aufträgen für Marketing, Verschönerung, Sicherheit und Sauberkeit . Private Wachdienste entscheiden, wer wo flanieren darf, wer und ob sich öffentlich geäußert werden darf. Flyer verteilen, demonstrieren und informieren darf. Der öffentliche Raum ist nicht mehr ein Ort für alle, hier werden die Menschen nach Kaufkraft sortiert." Die Abgeordnete Heike Sudmann am 23.2.12:" Der Reiz von Innenstädten liegt in ihrer Besonderheit. Deshalb dürfen in Hamburg nicht noch mehr von den Angeboten kommen, die jede Innenstadt gesichtslos machen. Vielmehr gilt es, die Stadtgeschichte ebenso wie die Stadt als Ort der Begegnung und des Austausches zwischen seinen BürgerInnen deutlich zu machen. Soziale und kulturelle Angebote für die BürgerInnen statt Events und Shopping für Touristen sollen die Ziele sein. Dazu passt es nicht, wenn der Oberbaudirektor noch mehr Business Improvement Districts (BIDs), schaffen will."

> Verena Brachvogel, für DIE LINKE im Sanierungsbeirat Wohlwillstraße

Seite 8 SPX 12

Der Präzedenzfall: Grabenstr. 10 oder: Wie die soziale Erhaltungsverordnung auszuhebeln ist

Von einem "Schutzschirm für St. Pauli" faselte seinerzeit Andy Grote, inzwischen Bezirksamtsleiter, als die Soziale Erhaltungsverordnung für St. Pauli auf den Weg gebracht wurde. SPD und auch führende Grüne im Bezirk verkündeten immer wieder, diese Verordnung schütze vor Mietwucher und vor Verdrängung aus dem Viertel. Wir Linke waren von Beginn an skeptisch – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung mit der städtebaulichen Erhaltungsverordnung in St. Pauli-Süd, deren Intention beim Bau des "Bernhard-Nocht-Quartiers" mit Füßen getreten wird. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass die Verordnung im Wesentlichen nur einige "Genehmigungsvorbehalte" beinhaltet, d.h.: Will jemand ein Haus abreißen lassen, seine Nutzung (z.B. von Wohnen zu Gewerbe) verändern, Wohnhäuser verkaufen oder Miet- ind Eigentumswohnungen umwandeln, dann wird eine Sondergenehmigung durch das Bezirksamt benötigt.



Grabenstr. 10 im Karoviertel: Das erste Haus auf St. Pauli, in dem seit Inkrafttreten der Sozialen Erhaltungsverordnung Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollen

Und so waren wir gespannt auf die konkrete Anwendung der sozialen Erhaltungsverordnung, die nun tatsächlich zum ersten Mal greifen sollte, als die Eigentümer des Hauses Grabenstr. 10 die Umwandlungen der Wohnungen in diesem Haus von Miet- in Eigentumswohungen beantragten. Als die Mieter innen von dem Vorhaben erfuhren, begannen Wochen zwischen Hoffen, dass die neue Verordnung greift und der Umwandlungsantrag abgelehnt wird, und Bangen, dass sie ihre Wohnungen und aufgrund der Wohnungssituation auch das Viertel verlassen müssen.

Das mit der Bearbeitung beauftragte Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung unter der Leitung von Herrn Mathe machte in den folgenden Wochen gar keine gute Figur: Viel zu kurzfristig wurde zur rechtlich verpflichtenden Anhörung der Bewohner_innen eingeladen, in deren Verlauf bei einigen von ihnen zudem der Eindruck entstand, das Fachamt trete als Anwältin der Eigentümergemeinschaft auf. Die Mieter_innen des Hauses waren gut beraten, mit ihren Sorgen, Nöten und ihren berechtigten Forderungen an die

Öffentlichkeit zu gehen und Fragen an den politisch zuständigen Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung zu stellen.

Nicht zuletzt aufgrund eines dadurch entstandenen enormen Drucks erreichten die Bewohner_innen, dass der Antrag auf Umwandlung in Eigentumswohnungen tatsächlich abgelehnt wurde. Dabei betonte Amtsleiter Mathe, dass diese Entscheidung unabhängig von der öffentlichen Aufmerksamkeit, die dieser Präzedenzfall durch das Engagement der Mieter_innen inzwischen erlangt hatte, getroffen wurde. Diese Einschätzung teile ich nicht, sondern halte es auch in den zukünftigen Fällen für geboten, öffentlichen Druck zu erzeugen, zumal die SPD dieses Instrument als ihren großen Wurf gegen die Gentrifizierung propagiert hat.

Doch der Jubel der Hausbewohner_innen kam zu früh, denn: Die soziale Erhaltungsverordnung beinhaltet Schlupflöcher für Eigentümer_innen, Miet- doch noch in Eigentumswohnunen umzuwandeln. Ein solches Schlupfloch hat auch die "GbR Grabenstr. 10" gefunden, die nun 7 Jahre lang den Mieter_innen die Möglichkeit gibt, ihre Wohnungen zu verkaufen. Kauft die/dier Mieter_in bis dahin nicht, haben die Eigentümer das Recht, die Wohnung anderweitig zu verkaufen. Also: 7 Jahre Aufschub, aber die Umwandlung dieser Mietwohnungen kann die soziale Erhaltungsverordnung nicht verhindern. Das kommt nicht unerwartet, ist aber trotzdem bitter!

Markus Schneider-Johnen

Aus dem Bezirksparlament DIE LINKE gegen Verdrängung am Hauptbahnhof

In der Bezirksversammlung überraschte Bezirksamtsleiter Andy Grote (SPD) die Abgeordneten mit der Nachricht, dass am Hauptbahnhof die Vordächer und Tunnelanlagen per Vertrag in die Verwaltung der DB überschrieben wurden. Die Deutsche Bahn kann nun per DB-Regeln entscheiden, wer sich dort wie aufhalten darf und wer nicht. Die Deutsche Bahn wird nun versuchen wird, sich "missliebigen Menschen" zu entledigen, wie sie es im Gebäude des Hauptbahnhofes ja schon praktiziert.

Außerdem wird der Tunnel am Glockengießerwall zur U-Bahn geschlossen. Hier halten sich oft Obdachlose auf. Christine Detamble-Voss, Sprecherin der LINKEN im Sozialausschuss, forderte den Bezirksamtsleiter auf, mit dieser Maßnahme wenigstens so lange zu warten, bis der Winter vorbei sei: "Der Bezirk hat doch jetzt schon Mühe, durch sein Winternotpro-



Saubere "Platte" für Touris und Spießer

gramm alle Obdachlosen zu versorgen. Es gibt viel zu wenig Angebote."

DIE LINKE ist der Ansicht, dass Andy Grote die gleiche Ordnungspolitik verfolgt wie sein Vorgänger Markus Schreiber. Menschen, die nicht ins bürgerliche Bild passen - Prostituierte, Obdachlose, Punker oder Bettler - sollen aus dem Straßenbild verschwinden, damit für Touristen alles glänzt. DIE LINKE fordert stattdessen mehr soziale Angebote und mehr Stellen für Streetworker.

Seite 10 SPX 12

Eher schöner Schein als schöne Künste im Operettenhaus

"Den Gästen unvergessliche Erlebnisse zu bereiten, ist das Leitbild von Stage Entertainment. Dafür sorgen Shows, die begeistern, Künstler mit Weltklasse-Niveau und Theater, deren modernstes technisches Equipment und behagliche Umgebung perfekten Live-Genuss garantieren." - so das offizielle Leitbild des niederländischen Musicalriesen, in dessen Besitz 30 Theater weltweit sind. davon 11 in Deutschland und allein in Hamburg vier: das Theater im Hafen, die Neue Flora. das Operettenhaus und das Kehrwieder Theater. Ein weiteres Theater befindet sich im Bau und soll 2014 fertig sein. Ein solches "unvergessliches Erlebnis" wird auch für die AnkleiderInnen des Hamburger Operettenhauses in den Ereignissen des letzten Jahres liegen.

Das internationale Unterhaltungsbusiness ist für den Konzern ökonomisch recht erfolgreich, es wirft circa 30 Millionen € Gewinn pro Jahr ab. Um diesen Gewinn kurzfristig noch zu vervielfachen, gliedert Stage Entertainment (SE) bereits seit Jahren ganze Abteilungen aus, die dann zu weitaus schlechteren Arbeitsbedingungen und Billiglöhnen unter einem neuen Dach weiterbeschäftigt werden. Bereits seit Jahren wurden in allen Hamburger Häusern Abteilungen ausgegliedert. Dies wurde meist von den Beschäftigten mehr oder weniger still geduldet, bis im letzten Jahr im Hamburger Operettenhaus der Versuch unternommen wurde, die gesamte Abteilung der Ankleiderinnen in eine eigens dafür gegründete Leiharbeitsfirma auszugliedern und hier für einen Bruchteil des bisherigen Gehaltes zum Leiharbeitstarif weiter zu beschäftigen. Ziel des Ganwar laut Unternehmensangaben, 170.000€ einzusparen. In dieser Abteilung arbeiteten überwiegend Frauen, die meisten von ihnen in Teilzeit und viele von ihnen alleinerziehend, sie verdienten schon bis dato nur zwischen 1.000 und 1.500€.



Der Schein der Hochglanzfassade auf der Reeperbahn trügt.

was der SE noch nicht wenig genug für ihren Profit war.

Doch so einfach machten es die Kolleginnen und Kollegen der SE nicht. Von Anfang an regte sich gegen diese Entscheidung Widerstand. Die Kolleginnen protestierten, unterstützt durch Ver,di, in phantasievollen Aktionen gegen diese himmelschreiende Ungerechtigkeit. Dabei erhielten sie immer wieder Unterstützung von Kollegen und Künstlern, die Presseberichterstattung war eindeutig positiv.

Als SE dann 2011 mit dem Plan in die Öffentlichkeit ging, eine Seilbahn zur Spielstätte des "König der Löwen" und darüber hinaus zwischen St. Pauli und Wilhelmsburg für eine Investitionssumme von 50 Millionen € bauen zu wollen, und gleichzeitig ankündigte, die 30 DresserInnen aus Kostengründen ausgliedern zu "müs-

sen", erreichte die Farce ihren Höhepunkt.

Die DresserInnen blieben kämpferisch und ließen sich nicht unterkriegen. Im Ergebnis erhielten 30 KollegInnen eine Kündigung. Mehr als die Hälfte von ihnen klagte dagegen und setzte sich durch. Das Arbeitsgericht stellte ihren Anspruch auf Weiterbeschäftigung fest, so dass die KollegInnen wenigstens kurzfristig ökonomisch gesichert sind - ein kleiner Erfolg immerhin.

Trotzdem ist nicht sicher, wer sich bei dieser Auseinandersetzung letztendlich durchsetzen wird, David oder Goliath. Nach dem Ende der Spielzeit für "Sister Act" und dem Umbau zur Vorbereitung für "Rocky" wurden die Karten neu gemischt. Einerseits gab es die Ankündigung, dass im Operettenhaus nun auch die Abteilung KostümnäherInnen ausgegliedert werden solle, was aber durch aktuellen Ver.di-Tarifvertrag noch verhindert wird. Andererseits konnte man der Presse Anfang November entnehmen, dass das Seilbahn-Prestige-Projekt immer noch nicht endgültig vom Tisch ist.

Unsere Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen und auch unser Widerstand gegen das wahnwitzige Seilbahnprojekt sind also auch weiterhin gefragt.

Olga Fritzsche, Landessprecherin DIE LINKE.Hamburg

DIE LINKE. St. Pauli lädt die Leserinnen und Leser der Sankt PaulinX herzlich ein zu einem tagesordnungsfreien

STAMMTISCH AM SONNTAG, 6. JANUAR 2013, 17 UHR, IN DER TAVERNA PLAKA. SCHANZENSTR. 25.



Per Mail die aktuelle Sankt PauLinX

Leider erhalten (noch) nicht alle Haushalte im Viertel die Sankt PauLinX in ihre Briefkästen. Um aber sicher zu gehen, dass gleich nach Erscheinen die neue Ausgabe auch Dich elektronisch erreicht, gibt es zwei Möglichkeiten: entweder auf unserer Website www.sankt-paulinx.de in den Mailverteiler eintragen oder eine Mail an sankt-paulinx-abo-request@lists. die-linke-hh.de schicken.

Impressum:

Herausgeberin: **DIE LINKE.** STADTTEILGRUPPE ST. PAULI

V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen, c/o DIE LINKE. Landesverband Hamburg, Wendenstr. 6, 20097 Hamburg, Mail: viva@die-linke-st-pauli.de

Redaktionsschluss für SPX Nr 13: 31.01.2013 Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Seite 12

Tucholsky zitiert von Lafontaine: DIE LINKE und die Sozialdemokratie

Ich will Euch zum Schluss Tucholsky zitieren, was die Linke und Sozialdemokratie angeht:

"Ich kenne viele Sozialdemokraten, die geradezu Krämpfe bekommen, wenn von den Leuten, die links von ihnen stehen. die Rede ist. Die Wut dieser Knaben. die in dem Augenblick, wo sie in der Regierung sitzen, alles vergessen, was sie vorher gepredigt haben, um in die Regierung zu kommen, diese Wut ist mit dem Seelenzustand eines angebundenen Haushundes zu vergleichen, dem sich das Fell sträubt, wenn nachts in der Ferne die Stimme des Wolfs ertönt. Es ist der Bruder, der ruft. der fast vergessene Bruder, den der Hund verraten hat. als er des Fressens halber zum Menschen ging, um die Herden zu bewachen. Der Hund reißt an der Kette und kläfft In seinem wütenden Gebell ist Hass, Furcht und ganz, ganz zuunterst Reue, Scham, Gewissensbisse und die längst mit Gewalt unterdrückte Sehnsucht nach der Freiheit. die der andere hungrige Vagabund genießen darf."

nzen Auseinandersetzungen habe i vorhandenen Reue, dieser Scham und weise heute wieder von Steinmeie

SPX 12

Tucholsky hat mit diesem Bild etwas erfasst: Die ganzen Auseinandersetzungen haben etwas mit dieser zuunterst in der SPD immer noch vorhandenen Reue, dieser Scham und diesen Gewissensbissen zu tun. Wenn ich beispielsweise heute wieder von Steinmeier höre, die Linkspariei habe bewiesen, dass sie nicht in der Lage sei, Interessen von Menschen zu vertreten - von dem Mann, der die Agenda 2010 verbrochen hat, sich so was anzuhören, das ist eine Zumutung!

Aber das soll uns nicht beeindrucken. Ich wünsche Euch im Sinne Tucholskys, dass wir nicht Befindlichkeiten mit programmatisch gravierenden Differenzen verwechseln und dass wir niemals diese Sehnsucht nach der Freiheit aufgeben, von der er spricht, denn diese Sehnsucht nach der Freiheit ist der Kern unseres Auftrags.

Oskar Lafontaine am 2. Juni 2012 auf dem Göttinger Parteitag